

**Mitteilung des Senats vom 17. April 2001****Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern — Zur Problematik des Übergangs von der Schule in den Beruf**

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben unter Drucksache 15/620 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Der Senat hat bereits mehrfach in dieser Legislaturperiode deutlich gemacht, dass er dem Auftrag der Schulen zur Berufsorientierung hohe Bedeutung beimisst. Der Senator für Bildung und Wissenschaft sieht einen ausdrücklichen Schwerpunkt seiner Arbeit in der Verbesserung und Verstärkung der Berufsorientierung an den bremischen Schulen.

Der Senat stellt aber auch fest, dass die Schulen bei der Aufgabe der Vorbereitung von Berufswahlentscheidungen und bei der Entwicklung von Ausbildungs- und Berufsfähigkeit angewiesen sind auf die Unterstützung der Eltern und die Kooperation mit der Wirtschaft. Realismus in der Berufswahlentscheidung und Schlüsselqualifikationen sind nicht von der Schule allein zu erzeugen. Gefordert sind auch Partner in der Wirtschaft, die konkrete Arbeitswelterfahrungen ermöglichen, und Eltern, die die Schule in der Erziehung und in der Beratung unterstützen.

1. Wie wird der Senat sicherstellen, dass für die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I und II kurzfristig eine ausreichende Anzahl qualifizierter Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung steht und es für schulische Entwicklungsprozesse in diesem Bereich entsprechende Rahmenbedingungen gibt?

Neben dem Aspekt der Fachlehrkräfte ist es dem Senat wichtig, festzuhalten, dass die Aufgabe der Berufsorientierung nicht ausschließlich gebunden ist an die Fachlichkeit der Lehrkräfte des Lernfeldes Arbeitslehre. Es handelt sich um eine fächerübergreifende Aufgabe in den Sekundarstufen I und II. Dass dem zukünftig verstärkt Rechnung getragen wird, will der Senat u. a. dadurch erreichen, dass er die Schulen auffordert ein schuleigenes Konzept zur Berufsorientierung zu entwickeln. Dabei soll auch auf Möglichkeiten der Verbreiterung des Berufsspektrums bei der Berufswahl von Mädchen eingegangen werden.

a) Welche Konsequenzen hat der Senat in diesem Zusammenhang aus der 1999 veröffentlichten „EVAAR“-Studie (Untersuchung zur Unterrichtspraxis und Lernplanung im Lernfeld Arbeitslehre) gezogen, die belegt, dass nur zehn Prozent der Arbeitslehre unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer über eine Ausbildung für den Schwerpunkt Berufsorientierung (BO) verfügen?

Der Senat misst den Ergebnissen der EVAAR-Studie hohe Bedeutung zu und debatierte dieses Problemfeld in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bereits im Frühjahr 1998. Im Gefolge dieser Debatte zur Großen Anfrage „Arbeitslehre“ konstituierte sich der „Runde Tisch Arbeitslehre (RTA)“. Es war deutlich geworden, dass Problemlösungen im Hinblick auf die anstehenden Fragen nur über ein Zusammenwirken der verschiedenen Bildungspartner mit Experten und Expertinnen für Arbeits- und Berufsorientierung aus dem Landesinstitut für Schule (LIS), dem Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung an der Universität Bremen (iaab), den Kammern der Wirtschaft, Betrieben und freien Trägern erreicht werden können. Der RTA erarbeitete Empfehlungen für Bildungspolitik und Bildungspraxis. Inzwi-

schen wurden erste Kontrakte zur Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben geschlossen.

Gegenwärtig schafft der Senat geeignete Rahmenbedingungen für Entwicklungsprozesse zur Erarbeitung von schuleigenen Konzepten zur Berufsorientierung und damit zur Umsetzung der zentralen Empfehlungen der EVAAR-Studie indem:

- in zahlreichen Projekten des LIS und des iaab der Universität Bremen Qualität und Maßnahmen der Berufsorientierung weiterentwickelt werden;
- im LIS ein entsprechender Schwerpunkt im Fortbildungsangebot für bremische Lehrkräfte gesetzt ist;
- ein neuer „Rahmenplan Arbeitslehre Sekundarstufe I (2001)“ erarbeitet wurde, der Berufsorientierung als zentrale curriculare Leitlinie für alle Schulformen der Sekundarstufe I formuliert;
- in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung für das Fach Arbeitslehre verstärkt Entwicklungen in der Arbeitswelt und neue Modelle der Arbeits- und Berufsorientierung thematisiert werden;
- im Rahmen der neu gestalteten „Lernfeldorientierten Lehrerausbildung Arbeitslehre“ in der zweiten Phase inhaltliche Module zur Berufsorientierung als fachübergreifendes Angebot für weitere Ausbildungsseminare im LIS entwickelt werden.

b) Beabsichtigt der Senat, das Fach Arbeitslehre in den Kanon der Mangelfächer aufzunehmen, für die qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer bevorzugt eingestellt werden sollen?

- Wenn ja: Wann sind in welchem Umfang Einstellungen geplant?
- Wenn nein: Mit welcher Begründung?

Bei den Ausschreibungen für Neueinstellungen wird Arbeitslehre als ein Mangelfach berücksichtigt. Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern mit dem Fach Arbeitslehre wurden bisher nur in Kombination mit einem weiteren Mangelfach (Naturwissenschaften, Sport, Musik, Englisch u. a.) vorgenommen. Bei den jeweiligen Einstellungsrounds konnten so Lehrkräfte mit dem Fach Arbeitslehre berücksichtigt werden.

Dieses Vorgehen soll beibehalten werden. Der quantitative Umfang wird nach der Beschlussfassung des Senats über die Fortschreibung der Lehrerbedarfsplanung festgelegt.

c) Wie will der Senat erreichen, dass auch fachfremde Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der Inhalte und Methoden für den Unterricht in Arbeitslehre bzw. Berufsorientierung über einen ausreichenden und aktuellen Informationsstand verfügen?

Werden hierfür zielgerichtet Fortbildungen angeboten;

- wenn ja, von wem, wann und in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen;
- wenn nein, warum nicht und sind geeignete Angebote geplant?

Am LIS gibt es im Rahmen der Lehrerfortbildung einen inhaltlichen Schwerpunkt „Berufsorientierung“ und „Schule — Wirtschaft“. Dieser Schwerpunkt wird konkretisiert in enger Zusammenarbeit mit dem iaab der Universität Bremen in folgenden Maßnahmen:

Bereits im Schuljahr 1999/2000 startete das zunächst auf drei Jahre angelegte Kooperationsprojekt „Offene Lernwerkstatt Arbeitslehre (OLA)“ an der Integrierten Stadtteilschule an der Hermannsburg mit einer vorläufigen Projektzeit von drei Jahren. Kooperationspartner sind das LIS, das iaab der Universität Bremen und die Integrierte Stadtteilschule an der Hermannsburg. Das Projekt folgt in seinen Zielsetzungen den Untersuchungsergebnissen der EVAAR-Studie. Es bietet u. a. Lehrerinnen und Lehrern Möglichkeiten zur Kompetenzerweiterung im Bereich des selbstorganisierten Lernens, zur Projekt- und Teamarbeit und zu den curricularen Schwerpunkten des Rahmenplans Arbeitslehre für die Sekundarstufe I (2001), hierbei insbesondere zur Arbeits- und Berufsorientierung.

Zum Schuljahr 2001/02 beginnt am LIS das Schulentwicklungsprojekt „ABO — Arbeiten — im Beruf sein — Leben organisieren“ für die Sekundarstufen I und II mit einer Laufzeit von wenigstens zwei Jahren an einigen Schulstandorten. Ziel dieses Projektes ist die Erarbeitung von schulspezifischen, übertragbaren Konzepten zur Berufsorientierung, ihre Dokumentation und Veröffentlichung in enger Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Wirtschaft wie den Unternehmensverbänden des Landes Bremen e. V., der Handelskammer Bremen, DaimlerChrysler, dem iaab der Universität Bremen, dem Arbeitsamt und dem Schulzentrum Utbremen zu IT-Berufen.

Über das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Schule — Wirtschaft/Arbeitsleben“ konnten für vier Bremer Projekte Fördermittel für jeweils drei Jahre gesichert werden:

- Das Projekt „Ökonomisch denken und Handeln lernen — Jugend mit Zukunft im Land Bremen“ (Projektleitung iaab/Universität Bremen) startete an vier Schulstandorten im ersten Quartal 2000. Projektziel sind systematisch entwickelte und dauerhaft abgesicherte arbeitsweltbezogene Kooperationsbeziehungen zwischen den beteiligten Schulen und innovativen kleinen und mittleren Multimedia-Unternehmen sowie der Universität. Außerschulische Lernorte, Praktikums- und Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen neuen Berufen sollen erschlossen und damit verbunden die exemplarische Vermittlung ökonomischen Grundwissens sowie zukunftsrelevanter Medienkompetenz gefördert werden.
- An dem bundesweiten Projekt „TRANSJOB“ nehmen drei Bremer Modellschulen teil. Die Projektleitung liegt bei der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (Berlin) und dem LIS. Ziel von TRANSJOB ist, die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt zu verbessern und Grundlagen ökonomischer Bildung zu vermitteln. Dies geschieht über die Entwicklung kontinuierlicher Formen der Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen.
- Das Land Bremen nimmt nach Bewilligung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Februar 2001 teil an dem Projekt „Flexibilisierung der Übergangsphase und Berufswahlpass“ im Nordverbund mit sechs weiteren Bundesländern. Dieses Projekt wird in Bremen realisiert über neu konzipierte Werkstattphasen in Zusammenarbeit zwischen bremischen Schulen, dem LIS, dem iaab der Universität Bremen (Projektleitung) sowie dem Berufsförderungszentrum des Handwerks (BFZ). Ziele des Projektes sind die Übergangsphasen von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt zu flexibilisieren und die Eigenverantwortung für die Gestaltung dieses Übergangs für Schülerinnen und Schüler (insbesondere auch für lernschwächere Schülerinnen und Schüler) zu stärken. Als neues Instrument zur Zertifizierung und Dokumentation von Leistungen wird der Berufswahlpass entwickelt. Er ist ein Mittel, mit dem ein stärker eigenverantwortlich gestalteter schulischer und außerschulischer Orientierungsprozess von Schülerinnen und Schülern selbst geplant, realisiert, ausgewertet und dokumentiert werden kann.
- Am LIS wird derzeit eine Agentur aufgebaut zum Themenschwerpunkt „Schule — Wirtschaft — Arbeitswelt“, deren Ziel die Verstärkung und Verbreitung bewährter regionaler und bundesweiter Projekte ist. Hiermit verbindet sich eng der Anspruch an ein zentral organisiertes Informationsangebot. Voraussetzungen für ein erfolgreiches Netzwerk von Erfahrungs- und Informationstransfer sind ein professionelles Projektmanagement und die Gewährleistung sowohl interner als auch externer Kommunikation. Eine solche Agentur soll als Vermittlungsstelle dienen zur Koordination von vorhandenen Initiativen, Aktionsfeldern, Informationen und Erfahrungen, um Projekte und Informationen sowohl auf landesbezogener als auch auf regionaler, nationaler sowie internationaler Ebene auszutauschen. Das Bremer Agenturmodell dient damit vor allem der Unterstützung von schulischen Entwicklungsprozessen zur Arbeits-, Berufs- und Studienorientierung der Schülerinnen und Schüler in den Sekundarstufen I und II. Die außerschulischen Bildungspartner erhalten Einblicke in schulische Konzepte, Bedingungen und Kooperationsbedarfe, um Ausbildungsbereitschaft und -kompetenz positiv zu beeinflussen. Das Projekt ist auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen Schulen, Partnern aus der Wirtschaft, Gewerkschaften, der Universität Bremen und weiteren Bildungspartnern angelegt. Zusagen hierfür liegen bereits vor von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft in Berlin, den Unternehmensverbänden des Landes Bremen e. V., DaimlerChrysler und der Universität Bremen.

Über diese vier Projektmaßnahmen hinaus gibt es zentrale Lehrerfortbildungsangebote am LIS und am Lehrerfortbildungsinstitut (LFI) in Bremerhaven, von denen hier nur einige exemplarisch benannt werden. So wird in Kooperation mit der Handelskammer Bremen und der Norddeutschen Kammergemeinschaft Hamburg seit mehreren Jahren der Seminarzyklus „Strukturwandel — Arbeitsplätze im Wandel“ durchgeführt mit einem inhaltlichen Schwerpunkt zu Schülerfirmen und unternehmerischer Selbstständigkeit im Herbst 2000. In Kooperation mit einzelnen Unternehmen werden Seminare durchgeführt wie insbesondere mit dem Bildungszentrum von DaimlerChrysler zum Thema „Übergang Schule — Beruf: Bedeutung von Schlüsselqualifikationen“.

Langjährig etabliert ist das Lehrerbetriebspraktikum. Es wird in Kooperation mit der Norddeutschen Kammergemeinschaft Hamburg und der Handelskammer Bremen angeboten und richtet sich an Lehrkräfte der Sekundarstufen I und II. Zielsetzungen sind u. a. eine stärkere Arbeitsweltorientierung des Unterrichts und eine Verstärkung von überfachlichen Qualifikationen in der Unterrichtspraxis.

In Bremerhaven werden Veranstaltungen realisiert mit dem Arbeitgeberverband Bremerhaven im Arbeitskreis „Schule — Wirtschaft“, mit dem DGB über die Bildungsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ und in erweiterter Kooperation auch mit dem Stadtjugendring Schulabgängerseminare. Über einen eigenen „Runden Tisch Arbeitslehre“ wird in Bremerhaven eine enge Verknüpfung von Schule und Wirtschaft initiiert. Ein Leitfadensoll inhaltliche Schwerpunkte dokumentieren wie: Auszubildende und Unternehmensvertreter kommen in die Schule, Projektwochen zur Berufsorientierung, Einrichtung eines betrieblichen Werkstatttages, Betriebs erkundungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer. Darüber hinaus organisieren LFI und Runder Tisch Arbeitslehre einen Erfahrungsaustausch „Dialog Schule/Wirtschaft“.

An allen Schulen der Sekundarstufe I in Bremen und Bremerhaven gibt es Funktionsstellen für Kontaktlehrkräfte, um Kenntnisse und Informationen über Bildungsgänge an beruflichen Schulen, die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und die Koordination berufsorientierender Maßnahmen zu verbessern. Die Schullaufbahnberatung (LIS) koordiniert die Arbeit der Kontaktlehrkräfte, organisiert deren Fortbildung und führt Veranstaltungen zur Berufsorientierung durch.

Gibt es Anreize für Lehrerinnen und Lehrer, solche Fortbildungsangebote wahrzunehmen;

- wenn ja, wie sehen diese aus und wie werden sie genutzt;
- wenn nein, warum nicht und sind geeignete Anreize geplant?

Für das zweiwöchige Lehrerbetriebspraktikum in den Schulferien erhielten Lehrerinnen und Lehrer in Bremen bisher zwei Wochenstunden Unterrichtsentlastung. Bei Lehrkräften der Stadt Bremerhaven entscheidet das Schulamt über eine Entlastung. Zukünftig soll die bescheinigte Teilnahme an dieser Fortbildungsmaßnahme als eine zusätzliche Qualifikation für die Auswahl von Funktionsstellen für Leitungspositionen oder andere herausgehobene Positionen in der Schule gewertet werden. Darüber hinaus gibt es keine Anreize für Lehrerfortbildungsmaßnahmen. Die angebotenen 30 Praktikumsplätze je Schuljahr sind regelmäßig ausgebucht.

2. Wie wird der Senat sicherstellen, dass die Absolventinnen und Absolventen aller Schulen auf die von schnellem Strukturwandel und Unübersichtlichkeit von Berufswegen und hoher Flexibilität geprägte Berufs- und Arbeitswelt so gut vorbereitet sind, dass sie erfolgreich in eine Berufsausbildung wechseln können?

Der Senat hat diesem Auftrag von Beginn der Legislaturperiode an höchste Bedeutung beigemessen. Einer der wesentlichen Beiträge dazu liegt in der Intensivierung und Verbreiterung des Dialogs und der konkreten Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft. Die Selbstverpflichtung, die der Senator für Bildung und Wissenschaft in seiner gemeinsamen Erklärung mit dem Präses der Handelskammer vom 6. März 2000 diesbezüglich eingegangen ist, befindet sich in konkreten Umsetzungsprozessen (vgl. auch Antwort unter Punkt 1).

a) Verfügen Lehreraus- und -fortbildung im Lande Bremen über entsprechende Konzepte, (wo) werden diese praktiziert und (wie) fortlaufend an die Entwicklung der Arbeits- und Berufswelt angepasst?

In der ersten Phase der Lehreraus- und -fortbildung an der Universität Bremen wird im Studiengang Arbeitslehre das Fach Arbeitslehre mit den Schwerpunkten Technologie

und Haushalt- und Ernährung angeboten. Das Studium umfasst die Bereiche Arbeitswissenschaft, Ökonomie, Lernfelddidaktik, Technologie, Haushalt und Ernährung mit den jeweiligen Fachdidaktiken. Der inhaltliche Fokus und gleichzeitig die Klammer zwischen den einzelnen Bereichen ist die gesellschaftliche Arbeit. Entwicklungen in der Arbeitswelt werden vorzugsweise im Studienkomplex Arbeitswissenschaft thematisiert, der Wandel in der Berufswelt ist Gegenstand und Querschnittsthema in der Lernfelddidaktik und den Fachdisziplinen. Im Zentrum des Studiums steht ein Projekt, in dem Themen wie Arbeits- und Berufsorientierung bearbeitet werden. Gegenwärtig ist diese Thematik der Schwerpunkt im Projekt „Wandel von Arbeit. Neue Ansätze und Modelle zur Arbeits- und Berufsorientierung“.

Neben den regelhaften Lehrangeboten zu obiger Thematik wird eine kontinuierliche Innovation durch die Forschungsaktivitäten des iaab sicher gestellt. Die derzeitigen Bremer Aktivitäten im Bereich „Schule-Wirtschaft-Arbeitsleben“ in den Projekten „Ökonomisch denken und Handeln lernen“ sowie „Flexibilisierung der Übergangsphase und Berufswahlpass“, die federführend vom iaab bearbeitet und in Kooperation mit dem LIS umgesetzt werden, erfordern eine aktuelle und auf die Zukunft gerichtete Auseinandersetzung mit der Thematik. Da das iaab und der Studiengang Arbeitslehre in Personalunion der Beteiligten geführt werden, können die Studierenden durch Partizipation am Forschungsgeschehen unmittelbar von den Forschungsmethoden, -erkenntnissen und -ergebnissen profitieren. So kann beispielsweise gesichert werden, dass die theoretische Ausbildung im Studium mit entsprechenden Praxisfeldern unter innovativen Fragestellungen verknüpft wird.

Als Reform der Lehrerausbildung in der zweiten Phase wird gegenwärtig ein Konzept am LIS unter Mitwirkung des iaab entwickelt, das einerseits an die reformierte Lehrerausbildung in der ersten Phase an der Universität Bremen anschließt, andererseits in seinem modularen Aufbau und der Gestaltung fachübergreifender Angebote neue Orientierungen aufweist. Hervorzuheben ist insbesondere die Gestaltung eines Moduls „Arbeits- und Berufsorientierung sowie Mediendidaktik“, welches nicht allein für Referendar/-innen der Arbeitslehre vorgesehen, sondern als fachübergreifendes Angebot auch für andere Lerngruppen im Referendariat zugänglich ist. Themen wie „Veränderung von Arbeits- und Berufswelt“, „Neue Berufe/neue Arbeitsanforderungen“, „Lebensplanung und Biografiearbeit“ u. a. werden hier bearbeitet.

Darüber hinaus ist auch an dieser Stelle auf Projektaktivitäten des LIS im Bereich der Fortbildung hinzuweisen, von denen die Referendar/-innen ebenso profitieren können, wie es vorstehend für die Studierenden an der Universität beschrieben wurde.

Über die fachbezogenen Angebote hinaus plant das LIS zum Schuljahr 2001/02 ein Projekt zur Schul- und Unterrichtsentwicklung, in dessen Mittelpunkt die Qualitätsverbesserung von Unterricht steht. Dieses Projekt nimmt Qualifizierungsbedarfe von Lehrkräften auf zu Team-, Kommunikations- und Methodentraining in Verbindung mit Fachlichkeit. Dies sind Ansprüche der Wirtschafts- und Arbeitswelt an Ausbildungsfähigkeit und Schlüsselqualifikationen von Schülerinnen und Schülern, die in der Unterrichtspraxis stärker verankert werden müssen.

b) Wie wird sichergestellt, dass in allen Schularten Fragen der Berufsorientierung nicht nur im Fach Arbeitslehre, sondern in angemessenem Umfang fächerübergreifend, z. B. in Projektphasen, behandelt werden?

Der Senat stellt dies sicher, indem er nicht nur in den unter Punkt 1 angesprochenen Projekten in den Sekundarstufen I und II entsprechende didaktische Entwicklungen fördert, sondern indem er darüber hinaus mit Unterstützung der Wirtschaft die Vernetzung der Projekte und Maßnahmen betreibt, um so u. a. einen Transfer von guter Praxis zu erreichen. Solcher Transfer findet u. a. statt über die „Offene Lernwerkstatt Arbeitslehre“, über die Arbeit des „Runden Tisches Arbeitslehre“, über den Lernortatlas und ganz besonders über Projekte im Rahmen des BMBF-Programms „Schule — Wirtschaft/Arbeitsleben“, insbesondere hier über die Einrichtung einer Agentur „Schule — Wirtschaft — Arbeitswelt“ am LIS.

c) Kann der Senat sich vorstellen, die Phase der Berufsorientierung im Lernfeld Arbeitslehre nicht zu benoten?

Auch wenn man nicht davon ausgeht, dass Berufsorientierung nur in einer überschaubaren geschlossenen Phase in einem Schulfach stattfindet, ist für den Senat

vorstellbar, bestimmte Elemente der Berufsorientierung von der Benotung auszunehmen:

Zum einen erscheint dies dort sinnvoll, wo Berufsorientierung in engstem Zusammenhang mit der individuellen Lebensplanung stattfindet. Dies kann bestimmte Unterrichtsstunden, aber auch seminarähnliche Veranstaltungen betreffen.

Zum anderen ist darüber nachzudenken, ob Betriebspraktika nicht von den Praktikumsbetrieben zertifiziert werden könnten. Schließlich wird zurzeit in einem länderübergreifenden Versuch geprüft, ob nicht in einem „Berufswahlpass“ Stationen der Berufsorientierung dokumentiert und auch zertifiziert werden können.

Grundsätzlich ist für den Senat aber eine individuelle und ausgewiesene Beurteilung der in Phasen der Berufsorientierung gezeigten individuellen Leistungen, Bereitschaften und Kompetenzen unverzichtbar, weil diese Beurteilungen den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit geben, in Verbindung mit einer Selbsteinschätzung ihren Stand im Erreichen notwendiger Schlüsselqualifikationen zu erkennen und aufzuarbeiten.

d) Welche Anstrengungen wurden bzw. werden unternommen, damit Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler eigene Erfahrungen in der Berufs- und Arbeitswelt gewinnen können?

— (Wie) fördert der Senat die Teilnahme von Lehrerinnen und Lehrern an betrieblichen Praktika?

Das Lehrerbetriebspraktikum (vgl. Punkt 1) wird vom LIS in Kooperation mit der Norddeutschen Kammergemeinschaft Hamburg und der Handelskammer Bremen angeboten. Der Senat unterstützte bisher die Teilnahme von Lehrerinnen und Lehrern an betrieblichen Praktika durch maximal zwei Wochenstunden Unterrichts-entlastung. Dieser Anreiz wird zukünftig entfallen, statt dessen wird die Teilnahme als ein besonderes Qualifikationskriterium gewertet, z. B. im Zusammenhang mit der Besetzung von Funktionsstellen.

— Ist sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler aller Schularten auf vorgesehene Betriebspraktika ausreichend vorbereitet und bei der Wahl des Praktikumsplatzes von ihrer Schule sachgemäß unterstützt werden? Wie werden die gesammelten Erfahrungen ausgewertet?

Das Betriebspraktikum gehört im Land Bremen zum festen Bestandteil der schulischen Arbeit zur Berufsorientierung in den 8. und 9. Haupt-, Real- und Sonderschulklassen, teilweise auch in den 10. Jahrgängen. Auch in den Gymnasialklassen werden zunehmend Betriebspraktika durchgeführt. Gegenwärtig führt die Schulinspektion beim Senator für Bildung und Wissenschaft eine Evaluation der Praxis der Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen durch, die die Frage nach qualitativen Ansprüchen an Betriebspraktika und ihrem Stellenwert im Gesamtkonzept von Berufsorientierung der jeweiligen Schulen ausdrücklich stellt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung stehen dem Senat zum Ende des laufenden Schuljahres zur Verfügung.

Kurzfristig wurde in der Stadtgemeinde Bremerhaven eine Erhebung auch zu dieser Teilfrage durchgeführt (vgl. Punkt 3). Die befragten Schulen signalisieren, dass die im Realschulbildungsgang zur Verfügung stehenden zwei Wochenstunden Arbeitslehre in der 9. Jahrgangsstufe nicht ausreichend sind. Gegenwärtig entwickeln in Bremen und in Bremerhaven einzelne Schulen veränderte Konzeptionen und Gewichtungen der Berufsorientierung in diesem Bildungsgang mit dem Ziel einer Übertragung dieser Erfahrungen auf alle Schulen.

— Existieren im Land Bremen funktionierende Netzwerke, die auf die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Unternehmen zielen? Unterstützt der Senat solche Netzwerke?

Die Schullaufbahnberatung am LIS arbeitet zum „Übergang Schule — Beruf“ in verschiedenen Bereichen mit Kammern, dem Arbeitsamt, Betrieben und Unternehmen zusammen. Insbesondere für die Sekundarstufe I existiert ein Netz berufsorientierender Veranstaltungen, im Rahmen derer sich Betriebe präsentieren und Ausbildungsmöglichkeiten vorstellen können. Diese Veranstaltungen haben unterschiedliche Zielsetzungen und werden jährlich über einen Berufsorientierungsfahrplan (BOF), den die Schullaufbahnberatung erstellt, veröffentlicht.

In Bremerhaven dienen zur Zusammenarbeit von Schule und Unternehmen insbesondere Schulleiterdienstbesprechungen der Sekundarstufe I in Betrieben, sowie die Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft und den Wirtschaftsjunoren. Gemeinsame Dienstbesprechungen der Bremerhavener Kontaktlehrkräfte mit Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitsamtes verstärken diese Kooperationen. Seit Beginn des laufenden Schuljahres ist die Arbeitsgruppe „Schule — Betrieb“ bemüht, Schulen für Betriebe und umgekehrt Betriebe für Schulen zu öffnen.

Das iaab der Universität Bremen entwickelt seit Oktober 1999 den Lernortatlas Bremen (LEO), ein Informations- und Auskunftssystem zur Unterstützung arbeitsorientierter Lernortekooperationen in der Region Bremen. Der Lernortatlas beinhaltet spezifische Informationen über regionale Betriebe, Behörden und weitere Bildungspartner. Dies sind insbesondere Informationen über das Angebot der Lernorte zu Ausbildungsplätzen, Erkundungsmöglichkeiten, Betriebspraktika, Lehrerbetriebspraktika und allgemeine Informationsmöglichkeiten für Lehrer/Lehrerinnen und Schüler/Schülerinnen. Der Lernortatlas leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz der Ausbildungssituation und des Ausbildungsangebotes sowohl für die beratenden Bildungseinrichtungen und Ausbildungsplatzanbieter als auch für die Eltern und die Jugendlichen selbst. Zudem dient der Atlas durch die Bereitstellung vielfältigster und miteinander zu verknüpfender Informationen als Informationsquelle bei der Planung von Betriebspraktika.

Über die „Offene Lernwerkstatt Arbeitslehre(OLA)“ entsteht ein Netzwerk innovativer Projekte und Initiativen des Lernfeldes Arbeitslehre, das sowohl auf einen regionalen Verbund der kooperierenden Schulen abhebt, als auch eine systematische Zusammenführung verschiedener im Lernfeld Arbeitslehre arbeitender Gruppen darstellt (LIS, iaab der Universität Bremen, Betriebe, kooperierende Bildungseinrichtungen und andere Lernwerkstätten wie z. B. die Lernwerkstatt SI am LFI in Bremerhaven).

Vor allem die Bremer Agentur „Schule — Wirtschaft — Arbeitswelt“ am LIS wird — wie unter Punkt 1 dargestellt — künftig ein Netzwerk aufbauen für Erfahrungs- und Informationstransfer und eng mit den o. a. Initiativen kooperieren bzw. diese zusammenführen.

3. Wie bewertet der Senat die Einbeziehung externer Institutionen (vor allem der Berufsberatung des Arbeitsamtes) und externer Personen (zum Beispiel von Absolventinnen und Absolventen der jeweiligen Schule)?

Die Einbeziehung externer Institutionen und externer Personen im Zusammenhang mit der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern sind unerlässlich, der Senat bewertet die damit gesammelten Erfahrungen als sehr positiv.

a) In welchem Maße werden externe Beratungsangebote und externe Sachkenntnisse und Erfahrungen in die schulischen Angebote zur Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern integriert?

In beiden Stadtgemeinden werden in allen Schulen der Sekundarstufen I und II externe Kompetenzen in Fragen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes, allgemeiner ökonomischer Bildung und betrieblicher Arbeitswelt genutzt. Dies geschieht in zunehmendem Maße und in zunehmend vernetzten Organisationsformen. In der Hauptschule wird damit zumeist schon in der 7. Jahrgangsstufe begonnen; in der Realschule und im Gymnasium werden hauptsächlich in der 9. Jahrgangsstufe entsprechende Angebote organisiert. Auch die gymnasialen Oberstufen, die sich hier in einem aktuellen Entwicklungs- und Aufbauprozess befinden, nutzen zunehmend und konzeptionell untermauert externe Veranstaltungen und Partner.

Unter den zahlreichen externen Institutionen, mit denen Schule im Übergang Schule — Beruf zusammenarbeitet, nimmt das Arbeitsamt mit der Berufsberatung eine besondere Stellung ein. In der 1997 getroffenen Vereinbarung zwischen dem damaligen Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport und dem Landesarbeitsamt Niedersachsen — Bremen ist die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung im Blick auf Grundsätze, Ziele, Zielgruppen, Aufgaben und Angebote eindeutig definiert. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt.

— An welchen Schulen und in welchen Schularten geschieht dies in welcher Form?

Der Senat sieht sich nicht in der Lage, hier eine schulweise Auskunft zu geben. Vielmehr beschreibt die folgende Antwort eine weit verbreitete und entwickelte Praxis, die für den Senat gleichzeitig den erforderlichen Standard umreißt.

Kernelemente der Einbeziehung externer Beratung, Sachkenntnis und Erfahrung sind:

- die Berufsinformationsmesse (BIM) in Bremerhaven und die Berufsorientierungsbörse (BOB) in Bremen,
- die Märkte der Berufe an drei stadtbremischen Schulen sowie weitere ähnlich angelegte Veranstaltungen der Wirtschaft und ihrer Kammern,
- Betriebserkundungen (häufig im Rahmen von „Arbeitslehre-, Praxis-, Projekttagen“, auch als „Tagespraktikum“) und Betriebspraktika (in der Hauptschule i. d. R. mehr als ein Praktikum pro Schülerin/Schüler),
- Besuche im Berufsinformationszentrum (BIZ) der Arbeitsämter,
- die Ausbildungs- und Arbeitsplatzbörse TopJob im Einkaufszentrum Weserpark,
- Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben,
- individuelle und gruppenbezogene Angebote der Sprechstunden der Berufsberatung, insbesondere für Haupt- und Realschülerinnen/-schüler,
- Experten aus Betrieben in die Klassen der 9. und 10. Jahrgangsstufe (u. a. im Programm „Unternehmer ins Klassenzimmer“),
- ehemalige Schülerinnen und Schüler als Azubis in Klassen im Bewerbungs- bzw. Abschlussjahrgang,
- Zusammenarbeit mit Banken und Versicherungen insbesondere für Bewerbungstrainings,
- Beratung durch das Projekt „Berufsorientierung und Berufsmotivation“ im Zentrum für Schule und Beruf (zsb) an der Allgemeinen Berufsschule,
- Beratung durch das Projekt „BQN“ zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte.

Über diese Maßnahmen hinaus werden einzelne Projekte von der Schullaufbahnberatung am LIS für bestimmte Zielgruppen (z. B. junge Frauen, Jugendliche aus Migrantenfamilien) oder für besondere inhaltliche Schwerpunkte mit externen Kooperationspartnern entwickelt. Im Mai 2000 veranstaltete die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau „Neue Technologien sind was für Mädchen!“ in Kooperation mit dem LIS, dem Arbeitsamt, der Deutschen Telekom, PIA bremen-multimedial und dem Internetcenter Bremen. Zielsetzung war, Mädchen für die neugeregelten Ausbildungsberufe im IT-Bereich zu motivieren.

Für 2001 sind Projekte mit der Deutschen Telekom geplant, um den Anteil weiblicher Auszubildender zu erhöhen. Im Projekt: „Neue Medien sind was für alle“ werden mit dem Verein „bremen multimedial“ Angebote für Schulen einer Region entwickelt in enger Zusammenarbeit mit Betrieben der jeweiligen Region.

Der Entscheidungsweg der Jugendlichen über ihre weitere Ausbildung nach der 10. Klasse ist ein komplexer Prozess. Sie müssen Entscheidungen treffen zwischen Anforderungen der zukünftigen Berufs- und Arbeitswelt und einer ganzheitlichen Lebensplanung. Im Rahmen der schulischen Berufswahlprozesse sind daher den Jugendlichen erweiternde Angebote zu machen, die diesen Zusammenhang berücksichtigen. Für diese inhaltlichen Schwerpunkte haben sich auch Angebote externer Bildungspartner bewährt. Insbesondere das mit dem Bremer Jugendförderpreis ausgezeichnete Projekt der Bremischen Evangelischen Kirche „Ran an die Zukunft — RAZ“ unterstützt seit vielen Jahren mit seinen Veranstaltungen diesen Prozess. Weitere Träger wie das Lidice-Haus oder einige Stadtteilprojekte halten ein ähnliches Angebot für einzelne Schülergruppen vor.

- Wie werden diese Angebote von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern genutzt und bewertet?

Die beschriebenen Angebote werden jahrgangsweise i. d. R. von ganzen Klassen genutzt; dabei wird selbstverständlich jeweils mehr als eine der Maßnahmen in Anspruch genommen. Beratungsangebote werden im Gymnasium jedoch eher individuell genutzt.

In den Sonderschulen ist der Erfolg von Praktika und Beratungen in besonderem Maße auf die individuelle und nachgehende Begleitung durch die Klassenleitung angewiesen.

Die befragten Bremerhavener Schulen bezeichnen die dortigen Angebote als effektiv und unverzichtbar, zumal sie nach Auffassung der Schulen in den vergangenen Jahren eine ständige Qualitätsverbesserung erfahren haben.

In Bremen lässt sich aus einer hohen Nachfrage aller Möglichkeiten eine große Akzeptanz der Angebote in dieser Stadtgemeinde ableiten.

Die Akzeptanz und effektive individuelle Nutzung ist auf Seiten der Schülerinnen und Schüler wesentlich abhängig von der Vorbereitung im Unterricht und vom Grad der Persönlichkeit der Ansprache und des Kontaktes. Niedrigschwellige Angebote in der Schule selbst und mit der Gruppe haben daher eine besondere initiierte Bedeutung.

Für Realschülerinnen und -schüler und mehr noch für Gymnasiasten gilt ein geringeres Interesse, eine geringere Aufgeschlossenheit gegenüber Angeboten zur Berufsorientierung, weil für diese Gruppen ein weiterführender Schulbesuch nach der 10. Jahrgangsstufe oft die vorherrschende Perspektive darstellt.

— Plant der Senat eine Ausweitung externer Beratungsangebote?

Der Senat plant eine Ausweitung externer Beratungsangebote und eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Betrieben und weiteren Bildungspartnern. Dies will der Senat u. a. dadurch erreichen, indem er die Schulen auffordert, ein schuleigenes Konzept zur Berufsorientierung als Bestandteil des Schulprogramms zu entwickeln. Der Arbeitsweltbezug und die Kooperation mit dem kommunalen Umfeld insgesamt sollte künftig aus der Perspektive möglichst vieler Fächer realisiert werden.

b) Wie werden Schülerinnen und Schüler an Schulen, die externe Erfahrungen und externes Wissen nicht als Bestandteil des berufsorientierenden Unterrichts einsetzen, über externe Informations- und Beratungsmöglichkeiten informiert? (Bitte differenziert nach Schularten.)

Der Senat geht davon aus, dass an allen bremischen Schulen der Sekundarstufe I externe Erfahrungen und externes Wissen in die berufsorientierenden Maßnahmen integriert sind. Darüber hinaus kommt aktuelles Informationsmaterial der örtlichen Berufsberatung und der Handelskammern in die Schulen. In der Regel unterhalten die Kontaktlehrkräfte der Schulen Infobretter, an denen über interne und externe Beratungsangebote und -veranstaltungen informiert wird.

Die gymnasialen Oberstufen haben einen solchen Standard noch nicht erreicht, kooperieren aber in Bremen (unterstützt durch das LIS) und in Bremerhaven zur Weiterentwicklung ihrer diesbezüglichen Praxis. Die Information über die Angebote zur Studienorientierung und die Organisation ihres Besuchs z. B. der Universität ist für die Oberstufen seit langem Routine.

c) Welche Bedeutung kommt den Berufsschulen bei der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler in den allgemein bildenden Schulen zu, welche Rolle spielen sie in den aktuellen Angeboten der allgemein bildenden Schulen (bitte getrennt nach Schularten), und wie sollen entsprechende Kooperationen künftig gestaltet werden?

Der Senat misst der Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen hohe Bedeutung bei. Zum orientierenden Grundangebot gehören daher seit vielen Jahren die Tage der Offenen Tür der berufsbildenden Schulen.

Haupt- und Sonderschülerinnen/-schüler besuchen in der Stadtgemeinde Bremen am Werkstatttag eine Berufsschule, in Bremen seit diesem Schuljahr z. T. auch das Berufsförderungszentrum (BFZ) der Handwerkskammer. In Bremerhaven findet dieser Werkstatttag für alle Schülerinnen und Schüler der Hauptschule, der Schule für Lernbehinderte und der Gesamtschule im 8., 9. oder 10. Jahrgang statt.

An den berufsbildenden Schulen in Bremerhaven findet in den Berufsfachschulen eine Vorqualifizierung für bestimmte Berufe oder Berufsgruppen statt. Über die Angebote der Schulen werden die Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen der Haupt-, Real- und Gesamtschule und zunehmend auch des Gymnasiums durch die Berufsschulen direkt informiert. Dieses Angebot wird mittlerweile auch von Schulen aus dem niedersächsischen Umland in Anspruch genommen.

In Bremerhaven wird aktuell daran gearbeitet, den 10. Jahrgang der Hauptschule eng mit Unterricht in den berufsbildenden Schulen zu verzahnen. Der Senator für Bildung und Wissenschaft arbeitet an einer Weiterentwicklung des Hauptschulbildungsganges, für die eine veränderte Struktur der Einbeziehung der Berufsschulen einen zu prüfenden Aspekt darstellt, mit dem insbesondere schulmüde, stärker praxisorientierte Schülerinnen und Schüler erreicht werden könnten. In ganzheitlichen Lernzusammenhängen soll die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen gestärkt werden. Eine entsprechende Konzeption soll zum Schuljahr 2002/03 erprobungsreif sein.

4. Wie will der Senat erreichen, dass für Absolventinnen und Absolventen aller Schularten im Lande Bremen sowohl hinsichtlich der Zahl als auch hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit in ausreichendem Maße Angebote der beruflichen Ausbildung zur Verfügung stehen? Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, um insbesondere Unternehmen junger, dynamischer Wachstumsbranchen als Ausbildungsbetriebe zu gewinnen?

Die Berufsfachschule Informatik mit den Fachrichtungen IT-Systeme und Medien wurde von der Industrie- und Handelskammer und der Stadt Bremerhaven mit dem Ziel geschaffen, junge Unternehmen aus der IT-Branche für Ausbildung zu gewinnen. Durch Vorqualifizierung und intensiver Kooperation der Lernorte Schule und Betrieb konnte die Anzahl der Ausbildungsplätze bereits jetzt erheblich gesteigert werden. Zurzeit wird eine vierte Berufsfachschulklasse geplant, da die Nachfrage nach vorqualifizierten Berufsfachschulabsolventen das Angebot übersteigt.

Um eine ausreichende Zahl zukunftsfähiger Ausbildungsplätze für die Absolventinnen und Absolventen aller Schularten zur Verfügung stellen zu können, ist eine enge Kooperation und Abstimmung aller Beteiligten — Betriebe, Berufsschulen, Sozialpartner, Kammern, Arbeitsämter sowie der Senatsressorts — notwendig. Die Abstimmung darüber geschieht in unterschiedlichen Gremienzusammenhängen — u. a. im Bündnis für Arbeit und Ausbildung — und wird senatsseitig in der „Ressortübergreifenden Projektgruppe Aus- und Weiterbildung der Staatsrätenlenkungsgruppe“ koordiniert.

Um die Absolventinnen und Absolventen aller Schularten zu einem Berufsabschluss zu führen, ist eine zielgruppenspezifische Berufsvorbereitung für eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen — verstärkt für Jugendliche ohne Schulabschluss sowie Hauptschülerinnen und -schüler — vor Aufnahme einer dualen oder vollschulischen Berufsausbildung notwendig. Dies gilt in eingeschränktem Maße auch für Realschülerinnen und -schüler, die in bestimmten kaufmännischen oder medien- und informationstechnischen Berufen ausgebildet werden möchten. An den beruflichen Schulen werden solche berufsvorbereitenden Bildungsgänge in Abstimmung mit und in Ergänzung zu entsprechenden Maßnahmen des Arbeitsamtes angeboten.

Gerade in den letztgenannten, neuen und innovativen medien- und informationstechnischen Berufen gibt es einen erheblichen Nachholbedarf in der Erstausbildung. Die zum Teil sehr jungen Unternehmen dieser Wachstumsbranche benötigen Beratung und Hilfe, um ausbildungswillig und ausbildungsfähig zu werden. Aus diesem Grunde haben u. a. die Berufsschulen im Zusammenwirken mit den Ausbildungsberatern der Kammern und der Berufsberatung der Arbeitsämter durch die Einrichtung von berufsbezogenen Arbeitskreisen Schule/Betriebe eine wichtige Funktion übernommen, um diesen Unternehmen die Ausbildung von Jugendlichen zur Deckung des eigenen Fachkräftebedarfs zu ermöglichen. Darüber hinaus fördert der Senat über den Verein Bremen Multimedial jeweils eine Beraterstelle in Bremen und Bremerhaven, um die vorgenannten jungen Betriebe an die duale Erstausbildung in den IT-(Informationstechnischen) und Medienberufen heranzuführen.

Der Erfolg dieser Aktivitäten ist u. a. daran ablesbar, dass in den vorgenannten Berufen der IT- und Medienbranche in den zurückliegenden Jahren (auf das jeweilige Vorjahr bezogen) bis zu fünfzigprozentige Steigerungsraten an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen waren.

a) Sind aus Sicht des Senats die Berufsschulen geeignet und in der Lage, in stärkerem als bisher üblichem Maße Aufgaben in solchen Verbänden zu übernehmen?

und

b) Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang die Förderung von Ausbildungsverbänden, und wie agiert er in diesem Bereich?

Eine erfolgreiche Möglichkeit, junge Unternehmen für die duale Erstausbildung zu gewinnen, ist die Bildung von Ausbildungsverbänden. Der Senat fördert dies durch ein „Landesprogramm für lernortübergreifende Ausbildungsverbände“, in das neben Betrieben ausdrücklich auch die beruflichen Schulen einbezogen werden. In diesem Programm wird eine Anschubfinanzierung von 5.000 DM pro Ausbildungsplatz und Jahr gewährt. Entscheidender als diese finanzielle Unterstützung ist jedoch die gegenseitige Hilfe von Betrieben und Berufsschulen innerhalb eines solchen Ausbildungsverbundes, die Ausbildung für eine Anzahl junger Unternehmen erst ermöglicht.

Der Senat beurteilt auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen die Einrichtung von Ausbildungsverbänden als sehr positiv und wird sie daher auch weiterhin unterstützen.